



«Empfängerhinweis»

Nr: 332

München, 30. Juni 2009

Bericht aus der Kabinettsitzung.

- 1. Bayern hat Einigung über Sofortmaßnahmen für Quelle als gerade noch rechtzeitiges Signal gewertet / Kabinett bewilligt bayerischen Anteil an 50 Millionen Euro-Kredit (Seite 2)**
- 2. Kabinett beschließt Zukunftspaket für die Hauptschule / Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle: „Wir machen unsere Schüler stark für den Beruf, stark im Wissen und stark als Person / Hauptschulen, die alle Qualitätsmerkmale anbieten, erhalten den neuen Namen ‚Mittelschule‘ als Qualitätssiegel“ / Ziel ist es, Hauptschulen in Bayern künftig flächendeckend allein oder über Schulverbünde zu Mittelschulen weiterzuentwickeln / Schulverbünde sichern höchste Qualität und erhalten Standorte (Seite 4)**
- 3. Kultusminister Spaenle: „Reform der gymnasialen Oberstufe eine der wichtigsten bildungspolitischen Neuerungen des kommenden Schuljahres“ / Erste Schüler des achtjährigen Gymnasiums treten im September in die Oberstufe über / Qualitätsoffensive an Gymnasien wird fortgesetzt (Seite 8)**
- 4. Deutlicher Rückgang des Unterrichtsausfall / Kultusminister Dr. Spaenle: „Mobile Reserven und neu aufgebaute Vertretungspools an Schulen haben sich bewährt“ (Seite 10)**
- 5. Ministerrat gibt Startschuss zur Einrichtung von Pflegestützpunkten in ganz Bayern / Haderthauer: „Beratungsangebote bündeln und verbessern, vorhandene Potentiale nutzen, Doppelstrukturen vermeiden“ (Seite 11)**

./.

1. Bayern hat Einigung über Sofortmaßnahmen für Quelle als gerade noch rechtzeitiges Signal gewertet / Kabinett bewilligt bayerischen Anteil an 50 Millionen Euro-Kredit

Der Ministerrat hat die gestrige Einigung von Bund, Ländern, vorläufigem Insolvenzverwalter, Banken und Unternehmen über die Finanzierung der Fortführung des Versandhandels bei Quelle begrüßt und als gerade noch rechtzeitiges Signal für das Unternehmen, die Beschäftigten und die Region gewertet. Seehofer: „Seit letzter Woche lagen die entscheidenden Fakten auf dem Tisch und es konnte keine durchgreifenden Zweifel mehr geben, dass dem Unternehmen verantwortbar geholfen werden muss und kann. Endlich ist die für das Unternehmen und für die Beschäftigten und ihre Familien schreckliche Hängepartie beendet. Es ist nicht hoch genug einzuschätzen, dass jetzt die betroffenen Arbeitnehmer mit größerer Zuversicht und neuer Hoffnung in die nächsten Monate gehen können.“ Bayern hat nach den Worten Seehofers keinen Zweifel daran gelassen, dass Quelle in der Insolvenz im Interesse des Wirtschaftsraums und der vielen Beschäftigten eine faire neue Chance verdient hat. Das Kabinett hat heute mit der Bewilligung des bayerischen Anteils an dem 50 Millionen-Kredit diesen klaren politischen Willen, so Seehofer, auch formal vollzogen. Die bayerische LfA-Förderbank wird den Kredit ausreichen.

Im Einzelnen wurden bei der gestrigen Sitzung im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie Folgendes vereinbart:

1. Der Bund, Bayern und Sachsen erklären, dass heute mit den beteiligten Banken, der vorläufigen Insolvenzverwaltung und Vertretern der Quelle GmbH die Voraussetzungen für die Bereitstellung eines Massekredits in Höhe von 50 Mio. € bis zum 31.12.2009 vereinbart worden sind.

2. Nach Genehmigung durch die EU-Kommission, mit der im Verlauf des 30. Juni 2009 gerechnet wird, kann der Quelle GmbH der erforderliche Kredit genehmigt werden.
3. Die beiden Landesregierungen von Bayern und Sachsen werden am 30. Juni 2009 entsprechende Kabinettsbeschlüsse herbeiführen und ihre Förderinstitute beauftragen.
4. Die zuständigen Bundesministerien für Wirtschaft und Technologie sowie der Finanzen werden parallel die KfW beauftragen.

Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil unterstrich: „Die Gewährung des Massekredits ist für die vielen Beschäftigten von Quelle in Bayern eine sehr gute Nachricht. Damit hat die Unsicherheit der letzten Tage ein Ende. Besonders für die betroffenen Arbeitnehmer und ihre Familien ist das ein wichtiges Zeichen.“ In den letzten Wochen habe er immer wieder deutlich gemacht, dass eine Insolvenz nicht das Ende von Quelle bedeutet: „Daher ist es mir wichtig, dem Unternehmen durch den dringend benötigten Massekredit die Chancen einer Insolvenz überhaupt erst zu eröffnen. Es wäre unverantwortlich gewesen, die Insolvenz als gangbaren Weg zu bezeichnen und dann das übliche Instrument des Massekredits nicht zu gewähren.“

Seehofer und Zeil betonten, dass die Staatsregierung im Fall von Quelle wie bei allen anderen Unternehmen in Schwierigkeiten einen klaren Kurs fährt. Seehofer und Zeil: „Es gibt auch keine Lex ‚Quelle‘. Der Massekredit ist ein gängiges Instrument, um die Zahlungsfähigkeit der Insolvenzverwaltung aufrecht zu erhalten. Bei dem nun endlich gefundenen Lösungskonzept steht im Mittelpunkt das Engagement von Banken und Unternehmen selbst. Mit dem bewilligten Massekredit steht die öffentliche Hand aber hilfreich zur Seite, um Zeit zu gewinnen, Arbeitsplätze zu sichern und die Chance für einen echten Neuanfang bei Quelle zu eröffnen. Nur so kann der Insolvenzverwalter einen Betrieb fortführen.“ Der Massekredit ist EU-rechtlich eine

Rettungsbeihilfe, die für maximal 6 Monate für Liquidität sorgen kann. „Damit kann ein Unternehmen weitergeführt werden, um Zeit für ein Fortführungskonzept oder ein Sanierungsgutachten zu gewinnen. Das Risiko für den Steuerzahler ist relativ gering“, so Zeil. Denn ein Massekredit werde vorrangig besichert. Nach den vorliegenden Informationen werde die Masse bei Quelle ausreichen, um den Massekredit zu bedienen.

Finanzminister Georg Fahrenschon erklärte: „Es liegt nun in den Händen des vorläufigen Insolvenzverwalters zusammen mit der Geschäftsführung das Unternehmen Quelle fit für die Zukunft zu machen. Die nächsten Wochen müssen nun konsequent genutzt werden, denn Quelle hat noch einen schwierigen Weg vor sich.“

2. Kabinett beschließt Zukunftspaket für die Hauptschule / Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle: „Wir machen unsere Schüler stark für den Beruf, stark im Wissen und stark als Person / Hauptschulen, die alle Qualitätsmerkmale anbieten, erhalten den neuen Namen ‚Mittelschule‘ als Qualitätssiegel“ / Ziel ist es, Hauptschulen in Bayern künftig flächendeckend allein oder über Schulverbünde zu Mittelschulen weiterzuentwickeln / Schulverbünde sichern höchste Qualität und erhalten Standorte

Das Kabinett hat in seiner heutigen Sitzung ein Zukunftspaket Hauptschule beschlossen mit dem neuen Namen „Bayerische Mittelschule“ als Qualitätssiegel. Die Staatsregierung baut die Stärken der Hauptschule aus und erweitert gleichzeitig das Bildungsangebot sowohl für besonders gute als auch für schwächere Schülerinnen und Schüler. Bayerns Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle betonte: „Die Mittelschule eröffnet unseren Schülerinnen und Schülern neue Chancen auf dem Weg in den Beruf. Die Ziele der Bayerischen Mittelschule heißen: Stark für den Beruf, Stark im Wissen, Stark als Person. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass die Schüler sich den

steigenden Anforderungen aus Wirtschaft und Gesellschaft stellen können.“ Mittelschule kann sich eine Hauptschule nach den Worten Spaenles nennen, wenn sie ihren Schülern ein breit gefächertes Bildungsangebot macht mit

- den drei berufsorientierenden Zweigen Technik, Wirtschaft und Soziales,
- einem Ganztagsangebot,
- der Kooperation mit einer Berufsschule, der regionalen Wirtschaft und der Arbeitsagentur
- einem mittleren Bildungsabschluss auf dem Niveau von Wirtschafts- und Realschulen.
- der individuellen / modularen Förderung der Schüler im Klassenverband unter Beibehaltung des Klassenlehrerprinzips sowie
- Angeboten der Jugendsozialarbeit bzw. von Förderlehrern.

Ziel der Staatsregierung ist es, künftig die Hauptschulen in Bayern flächendeckend allein oder in Schulverbänden zu Mittelschulen weiterzuentwickeln. Ziel der neuen, eigenverantworteten Schulverbände ist der Erhalt so vieler Einzelschulstandorte so lange wie möglich. Spaenle: „Es geht nicht darum, nur das Türschild an den Hauptschulen zu verändern. Mit dem neuen Namen gehen vielmehr neue inhaltliche Schwerpunkte einher. Die neue bayerische Mittelschule verbindet die Merkmale Berufsorientierung und mittlerer Schulabschluss und wird für Schüler, Eltern und Wirtschaft ein starker Partner für die Zukunft sein. Eltern und Kinder haben an der Mittelschule die Möglichkeit, die individuelle Entwicklung abzuwarten und sich ohne Vorwegfestlegung von Bildungschancen auch zu einem späteren Zeitpunkt auf einen bestimmten Abschluss hin orientieren zu können.“

In dem Konzept für die Einrichtung der Mittelschulen sind nach den Worten von Kultusminister Spaenle insbesondere folgende Punkte vorgesehen:

Berufliche Orientierung als besonderes Merkmal der Mittelschule:

Zentrale Elemente der künftigen Mittelschule sind mehr berufliche Orientierung und mehr individuelle Förderung. Berufsorientierung ist dabei das besondere Merkmal der Mittelschule. Gewährleistet wird sie insbesondere durch die drei berufsorientierenden Zweige Technik, Wirtschaft und Soziales und die Kooperationen mit Berufsschule, regionaler Wirtschaft und der Agentur für Arbeit. Für die vertiefte Berufsorientierung investiert der Freistaat zusätzlich rund 6 Millionen Euro pro Jahr. Minister Spaenle: „Die ausgeprägte Berufsorientierung der Mittelschule bildet eine sehr gute Basis für die Aufnahme einer Berufsausbildung.“ 80 Lehrkräfte widmen sich künftig bayernweit der Vernetzung der Haupt- bzw. Mittelschulen mit der Wirtschaft.

Breites begabungsgerechtes Förder- und Abschlussangebot - Neuer Mittlerer Abschluss auf Wirtschafts- und Realschulniveau:

- Die begabungsgerechte individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler wird ausgebaut. Dazu wird insbesondere die Förderung der Schüler in Deutsch, Englisch und Mathematik intensiviert. In den Jahrgangsstufen 5 und 6 erfolgt diese im Klassenverband mit speziellen Übungseinheiten zur Förderung der Kernkompetenzen; in den Jahrgangsstufen 7 und 8 über zusätzliche Differenzierungsstunden und in den Jahrgangsstufen 9 und 10 über eigene Klassen. Der Freistaat wird für diesen qualitativen Ausbau mehr Lehrerstellen bereitstellen.
- Anknüpfend an die begabungsgerechte Förderung der Schüler auf unterschiedlichen Niveaustufen bietet die Mittelschule ein differenziertes Abschlussangebot an. An der Mittelschule können die Schüler entweder den neuen mittleren Bildungsabschluss, daneben wie bisher den sogenannten erfolgreichen oder den qualifizierenden Hauptschulabschluss oder aber den neu zu schaffenden Praxisklassenabschluss mit einem vergleichsweise theorieentlasteten Zuschnitt erwerben. Der neue Mittelschulabschluss entspricht den Standards der

Kultusministerkonferenz und ist dem Niveau von Wirtschafts- oder Realschule vergleichbar. Er steht Schülerinnen und Schülern offen, die ab dem Schuljahr 2010/2011 in die 5. Jahrgangsstufe kommen.

Klassenlehrer weiter zentraler Ansprechpartner für Schüler –
Ganztagsangebote und Einsatz von Förderlehrern und
Sozialpädagogen:

Der Klassenlehrer bleibt weiter zentraler Ansprechpartner für die Schüler, denn diese Lehrkräfte bauen einen besonders intensiven Bezug zu ihren Schülern auf. Klassenlehrer, gebundene Ganztagsschule und der Einsatz von Förderlehrern und Sozialpädagogen sind das besondere Unterrichtsprinzip der Mittelschule. Hinzukommen bedarfsgerechte Sprachförderung und kleinere Klassen bei hohem Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund. Die Jugendsozialarbeit an den Schulen wird weiter ausgebaut.

Schulverbünde sichern Bildungsqualität und Schulstandorte –
Umsetzung über Dialogforen vor Ort:

Die Mittelschule muss das breit gefächerte Bildungsangebot garantieren. Schulen, die das nicht allein gewährleisten, können in eigenverantworteten Schulverbänden zusammenarbeiten. Spaenle: „Im Verbund haben auch kleinere Hauptschulen Zukunft.“ Die eigenverantworteten Schulverbünde erhalten deutlich gestärkte Kompetenzen. Ihnen wird die Verantwortung für die Stundenbudgets (Lehrer, Schulleitung, Verwaltung) übertragen. Eine Mindestgröße der Verbünde wird dabei nicht vorgegeben. Spaenle: „Die Schulverbünde eröffnen die Chance, so viele Hauptschulstandorte in ländlichen Regionen so lange wie möglich zu erhalten und wohnortnahe Bildungsangebote für die jungen Menschen in Bayern zu sichern. Nur der Anschluss sichert langfristig den Standort.“ Die Bildung der Schulverbünde gelingt am besten im Dialog der Beteiligten vor Ort. Zu diesem Zweck wurden im Auftrag von Minister Spaenle Dialogforen auf

Landkreisebene ins Leben gerufen. Ihr erster Auftrag ist es, auf der Grundlage des bestehenden Schulsystems mit den Beteiligten vor Ort passgenaue Lösungen für die freiwillige Zusammenarbeit der Hauptschulen in Schulverbänden im Hinblick auf die Entwicklung zur Mittelschule abzuwägen und zu erörtern. Die Pilotphase hat bereits begonnen. Noch im Juli werden die ersten Dialogforen stattfinden. Die Umsetzung erster Ergebnisse ist zum Schuljahr 2010 / 2011 angestrebt.

3. Kultusminister Spaenle: „Reform der gymnasialen Oberstufe eine der wichtigsten bildungspolitischen Neuerungen des kommenden Schuljahres“ / Erste Schüler des achtjährigen Gymnasiums treten im September in die Oberstufe über / Qualitätsoffensive an Gymnasien wird fortgesetzt

Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle hat die Reform der gymnasialen Oberstufe als eine der wichtigsten bildungspolitischen Neuerungen des kommenden Schuljahres bezeichnet. Zum Start des Schuljahres 2009/2010 im September treten die ersten Schülerinnen und Schüler des achtjährigen Gymnasiums in die Oberstufe über. Zentrale Neuerungen sind eine Stärkung der Grundlagenfächer Deutsch, Mathematik und Fremdsprache, die Einführung des Fünf-Fächer-Abiturs sowie zweier neuer Seminare, eines Wissenschaftspropädeutischen Seminars und eines Projektseminars zur Studien- und Berufsorientierung. Den Schulen wird für das Schuljahr 2009/2010 ein Stundenbudget zugewiesen, das um 3,6 Prozent höher ausfällt als noch in diesem Schuljahr. „Nur so können wir die außergewöhnliche Situation schultern, dass über zwei Jahre hin zwei unterschiedliche Oberstufen laufen“, so Spaenle. Dabei werde die Staatsregierung die Schüler des doppelten Abiturjahrgangs nicht allein lassen. Rund 67.000 Schüler legen 2011 ihr Abitur ab. Die Staatsregierung hatte bereits beschlossen, 38.000 zusätzliche Studienplätze bereitzustellen. Die Abiturprüfungen des letzten Jahrgangs des neunjährigen Gymnasiums und des ersten Jahrgangs des achtjährigen Gymnasiums werden zeitlich versetzt

abgehalten. Viele Absolventen können so bereits zum Sommersemester 2011 ein Studium aufnehmen.

In der Kabinettsitzung kündigte Spaenle an, die Qualitätsoffensive für die bayerischen Gymnasien auch über den doppelten Abiturientenjahrgang 2011 hinaus fortzusetzen. Dazu sind folgende Schritte geplant:

1. Die einzelnen Ausbildungsprofile wie Naturwissenschaften, Fremdsprachen sowie Musik und Kunst werden landesweit an den Schulen geschärft. „Insellösungen, bei denen nur Gymnasien in Großstädten Musterkooperationen mit beispielsweise Spitzenorchestern oder Universitäten bilden, halte ich nicht für zielführend. Wir wollen, dass möglichst viele Schulen im Freistaat ihre Fachprofile auch durch die Zusammenarbeit mit externen Partnern zu stärken“, sagte der Kultusminister. Das können sowohl Hochschulen, kulturelle Einrichtungen oder Unternehmen sein.

2. Das Bildungsangebot für höher begabte Schülerinnen und Schüler wird ausgeweitet. Vor Ort sollen Begabten- und Stipendienbeauftragte eingesetzt und Förderkonzepte entwickelt werden. Pro Regierungsbezirk wird bereits im kommenden Schuljahr mindestens eine Schule Hochbegabtenklassen einrichten. Auf Landesebene soll es spezielle Fortbildungsangebote für Lehrkräfte sowie Seminare für besonders begabte Schüler der Oberstufe geben.

3. Der Lehrplan für das Bayerische Gymnasium wird weiter entwickelt. Die vertiefte Vermittlung von Kompetenzen erhält einen noch höheren Stellenwert. Spaenle: „Ich habe den Landesschulbeirat als Lehrplanbeirat eingesetzt. Damit beteiligen wir alle Personengruppen und Einrichtungen, die im Bildungsprozess Verantwortung tragen, an der Neugestaltung.“

4. Mit Hilfe veränderter Führungsstrukturen, z.B. mit mittleren Führungsebenen und einem Qualitätsmanagement, sollen die Schulen den Weg zu mehr Eigenverantwortung fortsetzen.

4. Deutlicher Rückgang des Unterrichtsausfall / Kultusminister Dr. Spaenle: „Mobile Reserven und neu aufgebaute Vertretungspools an Schulen haben sich bewährt“

Einen deutlichen Rückgang des Unterrichtsausfalls in den meisten Schularten in Bayern belegen die Ergebnisse der Erhebungen zum laufenden Schuljahr 2009/2009, die Kultusminister Dr. Spaenle heute im Kabinett vorgestellt hat. Spaenle: „Es ist gelungen, Unterrichtsausfall in hohem Maße zu vermeiden. Nur 2,5 Prozent der Stunden als Mittelwert aller Schularten sind ersatzlos ausgefallen. Die vielfältigen Maßnahmen der Staatsregierung, um den Unterricht sicherzustellen, zeigen also Wirkung. Die Mobil Reserven und die neu aufgebauten Pools von Vertretungslehrern an den Schulen haben sich bewährt.“ Das Ministerium nehme auch künftig die Situation der Unterrichtsversorgung sehr ernst, versicherte der Minister, denn jede ausgefallene Stunde sei eine Stunde zu viel. An den Volksschulen setzt das Kultusministerium etwa auf Mobile Reserven im Umfang von 2180 Lehrerstellen. Das sind voll ausgebildete Lehrkräfte, die flexibel und bedarfsgerecht eingesetzt werden. An allen Schulen sind in den letzten Jahren Vertretungspools aufgebaut worden, die pro Schule derzeit rund fünf Vertretungskräfte umfassen, darunter Lehrkräfte in Erziehungszeit oder in Pension, aber auch externe Vertreter. Laut Spaenle sind an Volksschulen und Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung im laufenden Schuljahr jeweils 1,1 Prozent der Stunden ersatzlos ausgefallen, an Realschulen 1,4 Prozent und in der Sekundarstufe I des Gymnasium 3,6 Prozent. An den Volksschulen, Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung und den Realschulen konnte der ersatzlose Unterrichtsausfall in den vergangenen zehn Jahren um mehr als die Hälfte gesenkt werden. Spaenle: „Wir dürfen in unseren Anstrengungen nicht

nachlassen und werden am Einsatz der Mobilien Reserven und von Mitteln für Vertretungslehrer festhalten.“ Für das Schuljahr 2009/2010 stellt der Freistaat 1230 zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung, damit der Unterricht an den einzelnen Schularten gehalten werden kann. „Der Bildungserfolg der Schüler setzt entsprechend qualifizierten Unterricht voraus, daran werden wir weiter arbeiten und dafür investieren wir. Bildung genießt in Bayern auch in schwieriger Lage Vorrang“, so Spaenle.

**5. Ministerrat gibt Startschuss zur Einrichtung von
Pflegestützpunkten in ganz Bayern / Haderthauer:
„Beratungsangebote bündeln und verbessern, vorhandene
Potentiale nutzen, Doppelstrukturen vermeiden“**

Der Ministerrat hat heute auf Vorschlag von Sozialministerin Christine Haderthauer den Startschuss zur Einrichtung von Pflegestützpunkten in Bayern gegeben. Das Konzept sieht die Errichtung von Pflegestützpunkten in allen Regierungsbezirken, sowohl in ländlich strukturierten Regionen als auch in städtischen Ballungsräumen vor. Bis Ende 2010 sollen stufenweise bis zu 60 Pflegestützpunkte in Bayern errichtet werden. Haderthauer: „Beratungsangebote bündeln und verbessern, vorhandene Potentiale nutzen, Doppelstrukturen vermeiden ist unsere Devise. Niemand, der eine Frage im Bereich der Pflege hat, soll mehr von A nach B geschickt werden“. Die Pflegestützpunkte sollen nach den Worten Haderthauers von den Pflege- und Krankenkassen in Bayern und den Kommunen getragen werden. Es sei geplant, bestehende Beratungsangebote wie die Angehörigenfachstellen in die Pflegestützpunkte zu integrieren. „Jeder Rat- und Hilfesuchende soll unabhängig von seiner jeweiligen Kassenzugehörigkeit im Pflegestützpunkt beraten werden. Dabei müssen Neutralität der angebotenen Dienstleistungen und Unabhängigkeit der Beratung gewährleistet sein“, so Haderthauer. Der Aufbau von Pflegestützpunkten soll wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden.

Besonders innovativ ist laut Haderthauer auch, dass sich alle gesetzlich Pflegeversicherten in Bayern und deren Angehörige, die Fragen in Pflegesachen haben, zunächst telefonisch beraten lassen können. „Dafür werden die Pflegekassen in Zusammenarbeit mit dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung in Bayern ab Sommer diesen Jahres einen fachlich kompetent besetzten ‚Pflegeservice Bayern‘ anbieten“, so die Ministerin abschließend.

gez.

Rainer Riedl
Pressesprecher der Bayerischen Staatskanzlei++++